

V-5-45-4

Antragsteller*innen: KV Soest

Gegenstand: V-5 Parteiarbeit fair und sozial finanzieren (Verschiedenes)

ÄNDERUNGSANTRAG V-5-45-4

1 Zeile 45 – 49 ändern:

2 1. Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sollten **ca. 25 – 50%** ihrer erzielten Ein-
3 als Mandatsabgabe leisten

4 2. *Funktionsträger*innen sollten eine Reduzierung der individuellen Mandatsabgaben*

5 **mit dem Vorstand des entsprechenden Orts- und Kreisverbandes besprechen und verein-**
6 **baren, wenn dies aufgrund der individuellen finanziellen Situation geboten erscheint. Ins-**
7 **besondere ein geringes Einkommen, Unterhaltsverpflichtungen, der Bezug von Sozialleis-**
8 **tungen und besondere Belastungen sollen entsprechend berücksichtigt werden. Die Ver-**
9 **einbarung sollte schriftlich erfolgen und jährlich auf Fortbestehen der Gründe überprüft**
10 **werden.**

Begründung

Es gilt, einander widersprechende Interessen unserer Partei ausgewogen miteinander zu verbinden und die gesellschaftlichen Entwicklungen dabei zu berücksichtigen. Einerseits die Notwendigkeit einer guten und stabilen Finanzierung zur Erreichung unserer Ziele, ohne, wie im Antrag gut dargelegt wurde, auf Großspenden angewiesen zu sein. Dementgegen steht das Interesse, möglichst breite und heterogene gesellschaftliche Repräsentanz in unserer Partei herzustellen. Wir möchten, dass Menschen aller Einkommensgruppen, jeden Alters und in jeder Lebenssituation sich völlig unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ehrenamtlich für unsere Ziele engagieren können. Eine der größten Gefahren für unsere Demokratie besteht darin, dass sich gerade einkommensschwächere Menschen nicht mehr von den Parteien vertreten fühlen und nicht mehr an Wahlen teilnehmen. Gleichzeitig steht selbst die Mittelschicht unter erheblichem finanziellem Druck. Sehr viele Menschen und vor allem Familien benötigen heute neben ihrer Haupttätigkeit noch zusätzliche Nebenjobs. Für ein Ehrenamt bleibt da meist keine Zeit. Das heißt,

Ehrenamt muss man sich heute erst einmal leisten können. Das macht die Personalgewinnung oft sehr schwierig. Angesichts der Entwicklung der letzten Zeit sind wir mehr denn je darauf angewiesen, Menschen zu finden, die bereit sind und über die notwendigen Ressourcen verfügen, ein kommunales Amt oder Mandat auszuüben und sich eben nicht nur projektbezogen mal zeitweise einzubringen. Folgt man dem Antrag zur Leitlinie, resultiert daraus eine hochproblematische Herangehensweise bei der Personalgewinnung. Mit der Ansage, entweder man gibt mindestens die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung ab, oder man muss den Vorstand um Erlaubnis bitten, weniger zahlen zu dürfen und sich dabei noch samt bürokratischer Nachweise nackig machen zu müssen, schreckt man jeden ab, der nicht wohlhabend genug ist. Viele würden sich regelrecht gedemütigt fühlen. Ein solches Vorgehen widerspricht fundamental den Werten und Zielen unserer Partei!

Angesichts der großen Unterschiede zwischen Stadt und Land, kleiner Gemeinde und Großstadt, kann die Lösung nur darin bestehen, den lokalen Gliederungen und Vorständen zu vertrauen, eine feinfühlig Lösung mit Augenmaß zu finden. Der erforderliche Balanceakt zwischen finanziellen Notwendigkeiten und Zielen und Werten unserer Partei kann nur vor Ort erfolgreich gestaltet werden.

Antragsteller*innen

KV Soest